

Ratssitzung, 4. April 2019



Rede des Fraktionssprechers Frank Knoche

TOP 12: Handlungskonzept Wohnen

(es gilt das gesprochene Wort)

Nach der Nachhaltigkeitsstrategie verabschieden wir heute ein weiteres bedeutendes strategisches Programm, das Handlungskonzept Wohnen.

Mit der Erarbeitung beider Programme stellen wir uns nicht nur inhaltlich gut auf, wir **prägen auch einen neuen politischen Stil**, der Beteiligung von Fachleuten, interessierter Bürgerinnen, der Zivilgesellschaft, an Politik von Anfang an.

Nach Auffassung unserer Fraktion könnte das noch besser funktionieren, nämlich dann, wenn sich **alle** Fraktionen von Anfang an an diesem Prozess auch beteiligen würden und nicht erst dann anfangen sich in das Thema einzuarbeiten, wenn eine zivilgesellschaftlich erarbeitete Konzept der Verwaltung bereits vorliegt.

Dies bedingt natürlich, dass die Fraktionen auch von Anfang an in den Prozess eingebunden werden.

Trotzdem: Die Vorlage der Verwaltung war gut und die von allen Fraktionen getragenen ergänzenden Forderungen sind es ebenfalls.

Hier hat die Politik mit der **Quotenregelung von 30 Prozent** Sozialwohnungen auch die notwendigen Akzente gesetzt, die von einer Arbeitsgruppe mit breitem wohnungswirtschaftlichen Sachverstand aber auch bestimmten und gegensätzlichen wohnungswirtschaftlichen Interessen, nicht so zu erwarten sind.

Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept hatte zwar auch eine Zielrichtung von 20 Prozent im Auge, wollte aber keine feste Quotierung einführen. Dies war uns **angesichts der Dramatik** des Rückgangs von Sozialwohnungen **nicht konsequent genug**.

Solingen ist besonders hart, in NRW sogar am härtesten, betroffen vom Rückgang des preisgebundenen Mietwohnungsbestandes. Die NRW.Bank Wohnungsmarktbeobachtung prognostiziert für unsere Stadt einen **Rückgang dieser Sozialwohnungen von etwa 4000 in 2017 auf circa 1100 in 2030**. Deshalb bräuchten wir eigentlich rein rechnerisch eine Quote von 40 %. Bonn und Aachen haben eine 40 Prozent Quote, Freiburg hat 50 %, Neuss 35 %.

Für uns Grüne ist die dramatisch zunehmende Wohnungsnot aktuell und zukünftig eine der größten Herausforderungen. **Business as usual geht hier nicht mehr**. Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht was zur Daseinsvorsorge gehört. Ein wohnungspolitischer Paradigmenwechsel ist angesagt.

Mit dem neuen Handlungskonzept werden hier wichtige Weichen in die richtige Richtung gestellt. Neben der entscheidenden 30 Prozent Quote sollen zukünftig **Instrumente** wie die des **Städtebaulichen Wettbewerbs, der Konzeptvergabe und der gemeinwohlorientierten Baulandstrategie** verstärkt genutzt werden.

Mit einem **Wohnraumversorgungskonzept** sollen auch neue Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie wohnungslose Menschen würdig wohnen können. Die Zahl der gemeldeten Fälle von **Wohnungsverlust und Energiesperren** bei der Wohnungsnotfallhilfe – in 2017 waren es **1279** – sind nach wie vor unerträglich hoch. Wenn es 2017 etwa 1800 Energiesperren durch die Stadtwerke gab, dann bedeutet das statistisch, dass **jeden Tag 5 Haushalten in dieser Stadt die Energiezufuhr gesperrt wird.**

In Solingen liegen die Haushalte mit einer Mietbelastung von mindestens 30 Prozent des Einkommens bei 38 Prozent. Und hier sind die Neben- und Heizkosten noch nicht mitgerechnet. Unter der Voraussetzung, dass bei vielen Einkommensverhältnissen eine **Mietbelastung über 30 Prozent, katastrophale Folgen** hat, ist das nicht hinnehmbar.

Das Argument, dass unsere Wohnungsprobleme nicht so dramatisch seien wie in München oder Düsseldorf, zieht in diesem Zusammenhang nicht. Hohe Einkommen können auch höhere Mietbelastung besser verkraften. Es kommt auf das Verhältnis von Mietbelastung zu Einkommen an. Und gerade **hier sehen wir Grüne einen höheren Handlungsbedarf als andere Fraktionen.** Leider fanden unsere Vorschläge bezüglich einer **Milieuschutzsatzung**, die vor allem Ohligs nutzen könnte, welche einkommensschwachen Haushalte vor der Verdrängung schützt, keine Mehrheit bei den Interfraktionellen Verhandlungen. Gleiches trifft auf eine **Satzung zum Schutz und Erhaltung von Wohnraum**, ähnlich der alten Zweckentfremdungsverordnung, die bevorzugte Vergabe städtischer Grundstücke im **Erbrecht statt Verkauf** und dem Aufbau einer **kommunalen Wohnungsgesellschaft** zu.

Wie gesagt: Dieses neue Handlungskonzept ist gut, wird uns weiter helfen aber wir sind davon überzeugt dass wir den angemessenen Paradigmenwechsel nur dann schaffen, wenn die Stadt selbst zu einem Akteur auf dem Wohnungsmarkt wird.

Lasst uns weiter so offen, konstruktiv und kompromissfähig darüber streiten wie wir es jetzt, bei der Erarbeitung unserer Vorschläge zum Handlungskonzept Wohnen getan haben.

Ratssitzung, 4. April 2019



Rede des Fraktionssprechers Frank Knoche

TOP 12: Handlungskonzept Wohnen

(es gilt das gesprochene Wort)

Nach der Nachhaltigkeitsstrategie verabschieden wir heute ein weiteres bedeutendes strategisches Programm, das Handlungskonzept Wohnen.

Mit der Erarbeitung beider Programme stellen wir uns nicht nur inhaltlich gut auf, wir **prägen auch einen neuen politischen Stil**, der Beteiligung von Fachleuten, interessierter Bürgerinnen, der Zivilgesellschaft, an Politik von Anfang an.

Nach Auffassung unserer Fraktion könnte das noch besser funktionieren, nämlich dann, wenn sich **alle** Fraktionen von Anfang an an diesem Prozess auch beteiligen würden und nicht erst dann anfangen sich in das Thema einzuarbeiten, wenn eine zivilgesellschaftlich erarbeitete Konzept der Verwaltung bereits vorliegt.

Dies bedingt natürlich, dass die Fraktionen auch von Anfang an in den Prozess eingebunden werden.

Trotzdem: Die Vorlage der Verwaltung war gut und die von allen Fraktionen getragenen ergänzenden Forderungen sind es ebenfalls.

Hier hat die Politik mit der **Quotenregelung von 30 Prozent** Sozialwohnungen auch die notwendigen Akzente gesetzt, die von einer Arbeitsgruppe mit breitem wohnungswirtschaftlichen Sachverstand aber auch bestimmten und gegensätzlichen wohnungswirtschaftlichen Interessen, nicht so zu erwarten sind.

Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept hatte zwar auch eine Zielrichtung von 20 Prozent im Auge, wollte aber keine feste Quotierung einführen. Dies war uns **angesichts der Dramatik** des Rückgangs von Sozialwohnungen **nicht konsequent genug**.

Solingen ist besonders hart, in NRW sogar am härtesten, betroffen vom Rückgang des preisgebundenen Mietwohnungsbestandes. Die NRW.Bank Wohnungsmarktbeobachtung prognostiziert für unsere Stadt einen **Rückgang dieser Sozialwohnungen von etwa 4000 in 2017 auf circa 1100 in 2030**. Deshalb bräuchten wir eigentlich rein rechnerisch eine Quote von 40 %. Bonn und Aachen haben eine 40 Prozent Quote, Freiburg hat 50 %, Neuss 35 %.

Für uns Grüne ist die dramatisch zunehmende Wohnungsnot aktuell und zukünftig eine der größten Herausforderungen. **Business as usual geht hier nicht mehr**. Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht was zur Daseinsvorsorge gehört. Ein wohnungspolitischer Paradigmenwechsel ist angesagt.

Mit dem neuen Handlungskonzept werden hier wichtige Weichen in die richtige Richtung gestellt. Neben der entscheidenden 30 Prozent Quote sollen zukünftig **Instrumente** wie die des **Städtebaulichen Wettbewerbs, der Konzeptvergabe und der gemeinwohlorientierten Baulandstrategie** verstärkt genutzt werden.

Mit einem **Wohnraumversorgungskonzept** sollen auch neue Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie wohnungslose Menschen würdig wohnen können. Die Zahl der gemeldeten Fälle von **Wohnungsverlust und Energiesperren** bei der Wohnungsnotfallhilfe – in 2017 waren es **1279** – sind nach wie vor unerträglich hoch. Wenn es 2017 etwa 1800 Energiesperren durch die Stadtwerke gab, dann bedeutet das statistisch, dass **jeden Tag 5 Haushalten in dieser Stadt die Energiezufuhr gesperrt wird.**

In Solingen liegen die Haushalte mit einer Mietbelastung von mindestens 30 Prozent des Einkommens bei 38 Prozent. Und hier sind die Neben- und Heizkosten noch nicht mitgerechnet. Unter der Voraussetzung, dass bei vielen Einkommensverhältnissen eine **Mietbelastung über 30 Prozent, katastrophale Folgen** hat, ist das nicht hinnehmbar.

Das Argument, dass unsere Wohnungsprobleme nicht so dramatisch seien wie in München oder Düsseldorf, zieht in diesem Zusammenhang nicht. Hohe Einkommen können auch höhere Mietbelastung besser verkraften. Es kommt auf das Verhältnis von Mietbelastung zu Einkommen an. Und gerade **hier sehen wir Grüne einen höheren Handlungsbedarf als andere Fraktionen.** Leider fanden unsere Vorschläge bezüglich einer **Milieuschutzsatzung**, die vor allem Ohligs nutzen könnte, welche einkommensschwachen Haushalte vor der Verdrängung schützt, keine Mehrheit bei den Interfraktionellen Verhandlungen. Gleiches trifft auf eine **Satzung zum Schutz und Erhaltung von Wohnraum**, ähnlich der alten Zweckentfremdungsverordnung, die bevorzugte Vergabe städtischer Grundstücke im **Erbrecht statt Verkauf** und dem Aufbau einer **kommunalen Wohnungsgesellschaft** zu.

Wie gesagt: Dieses neue Handlungskonzept ist gut, wird uns weiter helfen aber wir sind davon überzeugt dass wir den angemessenen Paradigmenwechsel nur dann schaffen, wenn die Stadt selbst zu einem Akteur auf dem Wohnungsmarkt wird.

Lasst uns weiter so offen, konstruktiv und kompromissfähig darüber streiten wie wir es jetzt, bei der Erarbeitung unserer Vorschläge zum Handlungskonzept Wohnen getan haben.

Ratssitzung, 4. April 2019



Rede des Fraktionssprechers Frank Knoche

TOP 12: Handlungskonzept Wohnen

(es gilt das gesprochene Wort)

Nach der Nachhaltigkeitsstrategie verabschieden wir heute ein weiteres bedeutendes strategisches Programm, das Handlungskonzept Wohnen.

Mit der Erarbeitung beider Programme stellen wir uns nicht nur inhaltlich gut auf, wir **prägen auch einen neuen politischen Stil**, der Beteiligung von Fachleuten, interessierter Bürgerinnen, der Zivilgesellschaft, an Politik von Anfang an.

Nach Auffassung unserer Fraktion könnte das noch besser funktionieren, nämlich dann, wenn sich **alle** Fraktionen von Anfang an an diesem Prozess auch beteiligen würden und nicht erst dann anfangen sich in das Thema einzuarbeiten, wenn eine zivilgesellschaftlich erarbeitete Konzept der Verwaltung bereits vorliegt.

Dies bedingt natürlich, dass die Fraktionen auch von Anfang an in den Prozess eingebunden werden.

Trotzdem: Die Vorlage der Verwaltung war gut und die von allen Fraktionen getragenen ergänzenden Forderungen sind es ebenfalls.

Hier hat die Politik mit der **Quotenregelung von 30 Prozent** Sozialwohnungen auch die notwendigen Akzente gesetzt, die von einer Arbeitsgruppe mit breitem wohnungswirtschaftlichen Sachverstand aber auch bestimmten und gegensätzlichen wohnungswirtschaftlichen Interessen, nicht so zu erwarten sind.

Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept hatte zwar auch eine Zielrichtung von 20 Prozent im Auge, wollte aber keine feste Quotierung einführen. Dies war uns **angesichts der Dramatik** des Rückgangs von Sozialwohnungen **nicht konsequent genug**.

Solingen ist besonders hart, in NRW sogar am härtesten, betroffen vom Rückgang des preisgebundenen Mietwohnungsbestandes. Die NRW.Bank Wohnungsmarktbeobachtung prognostiziert für unsere Stadt einen **Rückgang dieser Sozialwohnungen von etwa 4000 in 2017 auf circa 1100 in 2030**. Deshalb bräuchten wir eigentlich rein rechnerisch eine Quote von 40 %. Bonn und Aachen haben eine 40 Prozent Quote, Freiburg hat 50 %, Neuss 35 %.

Für uns Grüne ist die dramatisch zunehmende Wohnungsnot aktuell und zukünftig eine der größten Herausforderungen. **Business as usual geht hier nicht mehr**. Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht was zur Daseinsvorsorge gehört. Ein wohnungspolitischer Paradigmenwechsel ist angesagt.

Mit dem neuen Handlungskonzept werden hier wichtige Weichen in die richtige Richtung gestellt. Neben der entscheidenden 30 Prozent Quote sollen zukünftig **Instrumente** wie die des **Städtebaulichen Wettbewerbs, der Konzeptvergabe und der gemeinwohlorientierten Baulandstrategie** verstärkt genutzt werden.

Mit einem **Wohnraumversorgungskonzept** sollen auch neue Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie wohnungslose Menschen würdig wohnen können. Die Zahl der gemeldeten Fälle von **Wohnungsverlust und Energiesperren** bei der Wohnungsnotfallhilfe – in 2017 waren es **1279** – sind nach wie vor unerträglich hoch. Wenn es 2017 etwa 1800 Energiesperren durch die Stadtwerke gab, dann bedeutet das statistisch, dass **jeden Tag 5 Haushalten in dieser Stadt die Energiezufuhr gesperrt wird.**

In Solingen liegen die Haushalte mit einer Mietbelastung von mindestens 30 Prozent des Einkommens bei 38 Prozent. Und hier sind die Neben- und Heizkosten noch nicht mitgerechnet. Unter der Voraussetzung, dass bei vielen Einkommensverhältnissen eine **Mietbelastung über 30 Prozent, katastrophale Folgen** hat, ist das nicht hinnehmbar.

Das Argument, dass unsere Wohnungsprobleme nicht so dramatisch seien wie in München oder Düsseldorf, zieht in diesem Zusammenhang nicht. Hohe Einkommen können auch höhere Mietbelastung besser verkraften. Es kommt auf das Verhältnis von Mietbelastung zu Einkommen an. Und gerade **hier sehen wir Grüne einen höheren Handlungsbedarf als andere Fraktionen.** Leider fanden unsere Vorschläge bezüglich einer **Milieuschutzsatzung**, die vor allem Ohligs nutzen könnte, welche einkommensschwachen Haushalte vor der Verdrängung schützt, keine Mehrheit bei den Interfraktionellen Verhandlungen. Gleiches trifft auf eine **Satzung zum Schutz und Erhaltung von Wohnraum**, ähnlich der alten Zweckentfremdungsverordnung, die bevorzugte Vergabe städtischer Grundstücke im **Erbrecht statt Verkauf** und dem Aufbau einer **kommunalen Wohnungsgesellschaft** zu.

Wie gesagt: Dieses neue Handlungskonzept ist gut, wird uns weiter helfen aber wir sind davon überzeugt dass wir den angemessenen Paradigmenwechsel nur dann schaffen, wenn die Stadt selbst zu einem Akteur auf dem Wohnungsmarkt wird.

Lasst uns weiter so offen, konstruktiv und kompromissfähig darüber streiten wie wir es jetzt, bei der Erarbeitung unserer Vorschläge zum Handlungskonzept Wohnen getan haben.

Ratssitzung, 4. April 2019



Rede des Fraktionssprechers Frank Knoche

TOP 12: Handlungskonzept Wohnen

(es gilt das gesprochene Wort)

Nach der Nachhaltigkeitsstrategie verabschieden wir heute ein weiteres bedeutendes strategisches Programm, das Handlungskonzept Wohnen.

Mit der Erarbeitung beider Programme stellen wir uns nicht nur inhaltlich gut auf, wir **prägen auch einen neuen politischen Stil**, der Beteiligung von Fachleuten, interessierter Bürgerinnen, der Zivilgesellschaft, an Politik von Anfang an.

Nach Auffassung unserer Fraktion könnte das noch besser funktionieren, nämlich dann, wenn sich **alle** Fraktionen von Anfang an an diesem Prozess auch beteiligen würden und nicht erst dann anfangen sich in das Thema einzuarbeiten, wenn eine zivilgesellschaftlich erarbeitete Konzept der Verwaltung bereits vorliegt.

Dies bedingt natürlich, dass die Fraktionen auch von Anfang an in den Prozess eingebunden werden.

Trotzdem: Die Vorlage der Verwaltung war gut und die von allen Fraktionen getragenen ergänzenden Forderungen sind es ebenfalls.

Hier hat die Politik mit der **Quotenregelung von 30 Prozent** Sozialwohnungen auch die notwendigen Akzente gesetzt, die von einer Arbeitsgruppe mit breitem wohnungswirtschaftlichen Sachverstand aber auch bestimmten und gegensätzlichen wohnungswirtschaftlichen Interessen, nicht so zu erwarten sind.

Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept hatte zwar auch eine Zielrichtung von 20 Prozent im Auge, wollte aber keine feste Quotierung einführen. Dies war uns **angesichts der Dramatik** des Rückgangs von Sozialwohnungen **nicht konsequent genug**.

Solingen ist besonders hart, in NRW sogar am härtesten, betroffen vom Rückgang des preisgebundenen Mietwohnungsbestandes. Die NRW.Bank Wohnungsmarktbeobachtung prognostiziert für unsere Stadt einen **Rückgang dieser Sozialwohnungen von etwa 4000 in 2017 auf circa 1100 in 2030**. Deshalb bräuchten wir eigentlich rein rechnerisch eine Quote von 40 %. Bonn und Aachen haben eine 40 Prozent Quote, Freiburg hat 50 %, Neuss 35 %.

Für uns Grüne ist die dramatisch zunehmende Wohnungsnot aktuell und zukünftig eine der größten Herausforderungen. **Business as usual geht hier nicht mehr**. Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht was zur Daseinsvorsorge gehört. Ein wohnungspolitischer Paradigmenwechsel ist angesagt.

Mit dem neuen Handlungskonzept werden hier wichtige Weichen in die richtige Richtung gestellt. Neben der entscheidenden 30 Prozent Quote sollen zukünftig **Instrumente** wie die des **Städtebaulichen Wettbewerbs, der Konzeptvergabe und der gemeinwohlorientierten Baulandstrategie** verstärkt genutzt werden.

Mit einem **Wohnraumversorgungskonzept** sollen auch neue Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie wohnungslose Menschen würdig wohnen können. Die Zahl der gemeldeten Fälle von **Wohnungsverlust und Energiesperren** bei der Wohnungsnotfallhilfe – in 2017 waren es **1279** – sind nach wie vor unerträglich hoch. Wenn es 2017 etwa 1800 Energiesperren durch die Stadtwerke gab, dann bedeutet das statistisch, dass **jeden Tag 5 Haushalten in dieser Stadt die Energiezufuhr gesperrt wird.**

In Solingen liegen die Haushalte mit einer Mietbelastung von mindestens 30 Prozent des Einkommens bei 38 Prozent. Und hier sind die Neben- und Heizkosten noch nicht mitgerechnet. Unter der Voraussetzung, dass bei vielen Einkommensverhältnissen eine **Mietbelastung über 30 Prozent, katastrophale Folgen** hat, ist das nicht hinnehmbar.

Das Argument, dass unsere Wohnungsprobleme nicht so dramatisch seien wie in München oder Düsseldorf, zieht in diesem Zusammenhang nicht. Hohe Einkommen können auch höhere Mietbelastung besser verkraften. Es kommt auf das Verhältnis von Mietbelastung zu Einkommen an. Und gerade **hier sehen wir Grüne einen höheren Handlungsbedarf als andere Fraktionen.** Leider fanden unsere Vorschläge bezüglich einer **Milieuschutzsatzung**, die vor allem Ohligs nutzen könnte, welche einkommensschwachen Haushalte vor der Verdrängung schützt, keine Mehrheit bei den Interfraktionellen Verhandlungen. Gleiches trifft auf eine **Satzung zum Schutz und Erhaltung von Wohnraum**, ähnlich der alten Zweckentfremdungsverordnung, die bevorzugte Vergabe städtischer Grundstücke im **Erbrecht statt Verkauf** und dem Aufbau einer **kommunalen Wohnungsgesellschaft** zu.

Wie gesagt: Dieses neue Handlungskonzept ist gut, wird uns weiter helfen aber wir sind davon überzeugt dass wir den angemessenen Paradigmenwechsel nur dann schaffen, wenn die Stadt selbst zu einem Akteur auf dem Wohnungsmarkt wird.

Lasst uns weiter so offen, konstruktiv und kompromissfähig darüber streiten wie wir es jetzt, bei der Erarbeitung unserer Vorschläge zum Handlungskonzept Wohnen getan haben.